

Hähnchen- Highways belasten Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität!

Volierenhaltung

Hannover - Der agrar- und tierschutzpolitische Sprecher der Landtagsgrünen Christian Meyer hat heute (Freitag) anlässlich einer Fachtagung seiner Fraktion den Ausbau großer Mastanlagen scharf kritisiert. "Diese immer größer werdenden Agrarfabriken gefährden die Gesundheit der Menschen, verringern die Lebensqualität im ländlichen Raum, schaden der Umwelt und sind für die Tiere eine grausame Qual."



Es sei ein Skandal, dass die CDU-FDP-Landesregierung den Ausbau dieser Megaställe im ganzen Land durch vielfältige Subventionen, Tricks und Änderungen der Rechtslage sogar noch befördere. "Da bekommen Riesenschlachthöfe, Fleischfabriken und Geflügelexporte millionenschwere Subventionen aus Steuergeldern, da werden sinnvolle Abstandsregelungen von Stallbauten zu Wäldern "fiktiv" wegdefiniert und die kommunale Steuerhoheit und Bürgerbeteiligung durch Ausweitung des privilegierten Bauens abgebaut", nennt der grüne Agrarexperte Beispiele

Auch der Tierschutz sei zugunsten der großen Mastbetriebe verschlechtert worden. So sei es nun rechtlich erlaubt bis zu 25 Masthähnchen auf einem m² Stallfläche zusammenzudrängen, vorher sah eine freiwillige Vereinbarung nur 21 bis 22 Tiere vor.

Auf der Tagung mit Umweltverbänden, Tierschutzorganisationen, Landwirten und Bürgerinitiativen wies Meyer darauf hin, dass Niedersachsen mittlerweile die schlechtesten Genehmigungsstandards in der ganzen europäischen Union habe.

Meyer: "Unsere Landschaft wird zersiedelt, gesundheitsgefährdender Feinstaub und Keime werden verbreitet, Grundwasser und Umwelt durch die Massentierhaltung schwer belastet."

Der massive Ausbau der Agrarfabriken verstoße auch gegen EU-Bestimmungen. Eine EU-Richtlinie schreibt seit Januar 2010 eine deutliche Reduzierung der giftigen Ammoniakbelastungen aus den Tierhaltungsanlagen vor. Meyer: "Für dieses Jahr wird aber bereits ohne die geplanten Neubauten eine massive Überschreitung um mehr als 60.000 Tonnen prognostiziert."

Die Grünen forderten die Landesregierung auf, die Umwelt- und Tierschutzstandards deutlich zu verbessern, den Kommunen und betroffenen AnwohnerInnen mehr Mitspracherechte zu geben und agrarindustrielle Betriebe von der Privilegierung nach dem Baugesetzbuch auszunehmen. Außerdem dürfe die Massentierhaltung nicht mit Steuergeld der Landesregierung unterstützt werden. Für eine bessere Information der Verbraucherinnen und Verbraucher sei eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht von Eiern auch auf anderen tierische Produkte und genmanipulierte Fütterung überfällig. So seien auch eine Reduzierung des Fleischkonsums und eine Stärkung der umwelt- und artgerechten bäuerlichen Landwirtschaft möglich.

(Bündnis90/DIE GRÜNEN)